

Der Tag nach der Wahl: Wie wird sich Deutschland im Speziellen entwickeln?

Deutschland hatte gestern die Wahl, die neue Bundesregierung hat sie nicht. Ob sie will oder nicht: Die Neuverschuldung wird den Takt ihrer Politik vorgeben, auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite. Nach dem tiefen Absturz der Wirtschaft und den notwendigen Rettungspaketen sind Bund und Länder so hoch verschuldet wie nie. Der bevorstehende Weg ist steinig.

Was hat die nun abgewählte Große Koalition bisher zustande gebracht?

Reformen, die unser Land wirtschaftlich deutlich voranbringen, sind ihr nicht gelungen. Die besten Entscheidungen zeichnen sich durch ihre Langfrist-Perspektive aus: Erstens die schrittweise Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Zweitens die Aufnahme der Schuldenbremse ins Grundgesetz. In den schlechtesten Entscheidungen hat sich das Kurzfrist-Denken durchgesetzt: Das gilt für die mehrfache Aussetzung der Rentenformel. Dies steht nicht nur im Widerspruch zur Schuldenbremse, sondern ist auch ein Schlag gegen die soziale Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Die Versuche, mit Steuergeldern am Markt gescheiterte Unternehmen zu retten, sind ebenso kurzsichtig. Auch die Ausweitung von Mindestlöhnen ist ein Sondenfall. Sie schaden jenen, denen sie angeblich helfen. Bei der Gesundheitsreform wurde die große Chance verpasst, mehr marktwirtschaftliche Elemente im System einzuführen. Die Große Koalition hat sich in der Wirtschaftspolitik im Wesentlichen vom Rückenwind der lobenswerten Schröder'schen Agenda 2010 vorantreiben lassen. Ein eigenes Konzept hat sie nicht entwickelt. Die gelegentlichen Verwässerungen der Schröder'schen Reformen sind bedauerlich.

Die notwendige Konsolidierung der Staatsfinanzen darf nicht auf Jahre hinaus die notwendigen Reformen auf der Steuerseite blockieren, die das Wachstum beschleunigen könnten. Außerdem muss angesichts der Folgen der Wirtschaftskrise und der demografischen Probleme alles für ein höheres Wachstum unserer Volkswirtschaft getan werden. Dafür erforderlich sind Nachbesserungen bei der Unternehmensteuerreform und bessere Investitions- und Innovationsbedingungen.

Mit der klaren Mehrheit für Union und FDP steht Deutschland vor einem politischen Neuanfang. Die Liberalen tragen nach sieben Jahren Rot-Grün und vier Jahren Großer Koalition erstmals wieder die Bundesregierung mit. Angela Merkel bleibt Bundeskanzlerin. Aber die CDU-Vorsitzende kann mit ihrem schlechten Ergebnis nicht einfach "weiterregieren" - jedenfalls dann nicht, wenn die Liberalen das Mandat ihrer Wähler ernst nehmen.

Die Bedingungen für eine liberale Korrektur der deutschen Regierungspolitik - hin zu mehr Eigenverantwortung und Leistungsgerechtigkeit, zu weniger Entmündigung und steuerlicher Belastung des Bürgers - waren nie besser als nach dieser Wahl. Mit einer schwarz-gelben Mehrheit bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein zeichnet sich eine Mehrheit der Schwarz-Gelben sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat ab. Somit könnten die notwendigen Reformen und Gesetze beide Kammern passieren. Die sonst gewohnte Blockadepolitik im Bundesrat wäre, wenn auch nur zeitlich begrenzt, erst einmal Geschichte.

Betrachtet man jedoch die enormen Zuwächse der Linken, in Brandenburg kommen SPD und Linke auf über 60 % der Stimmen, steht die Zukunft Deutschlands unter keinem guten Stern. Die neue Bundesregierung wird Prügel einstecken müssen, wenn sie die ungeheure Verschuldung des Landes in den Griff bekommen will. Der Preis dafür könnte die Abwahl in vier Jahren bedeuten, mit dann deutlichen Mehrheiten für Rot-Rot. Doch letztendlich haben wir zumindest aus der Vergangenheit gelernt, dass Politiker, egal welcher Partei sie auch angehören mögen, auch einen sehr konzentrierten Blick auf ihre Wiederwahl haben, was die bitter notwendigen Reformansichten wieder torpedieren dürfte.

Bei der Frage, wie sich Deutschland nun entwickeln wird, lohnt sich der Blick in die Geschichtsbücher bzw. ein Blick nach Japan. Anfang der 90er Jahre stand Japan vor denselben Problemen wie Deutschland heute.

Japan steckt in der Schuldenfalle. Die Misere betrifft aber auch Deutschland, und das nicht nur, weil es um einen wichtigen Handelspartner geht. Der Blick auf die Herkunft des Schuldenbergs fördert einige beunruhigende Fakten zutage. Japan hat die exzessiven Verbindlichkeiten nicht in erster Linie durch Misswirtschaft aufgehäuft. Sie sind Altlasten einer endlosen Folge von Konjunkturprogrammen nach der Finanzkrise in den 90er-Jahren. Für das Jahr 1990 verzeichnet die Statistik nach heutigem Wechselkurs 1,3 Bill. Euro. Großzügige Sozialleistungen, die in Deutschland die Schulden hochgetrieben hatten, brauchte Japan angesichts praktischer Vollbeschäftigung nicht.

Wie anders sieht die Lage heute aus. Die Kaufkraft der Währung ist in dieser Zeit nicht gesunken - wir erleben also eine Vervierfachung der Belastungen in nur zwanzig Jahren: Ende des Jahres wird die Staatsschuld voraussichtlich bei umgerechnet über sechs Bill. Euro liegen. Und das ganz ohne Wiedervereinigung, ohne Krieg, ohne außergewöhnliche Ereignisse.

Die bittere Wahrheit ist, dass Japans Wirtschaft zu keinem Zeitpunkt zu selbsttragendem Wachstum zurückgekehrt ist. Es war nur eine neue Blase, die von 2002 bis 2007 die Statistik besser aussehen ließ. Die amerikanische Geldmaschine um Subprime-Papiere hat auch die japanische Wirtschaft zeitweilig aus dem Sumpf gezogen. Wegen der Kreditlust in den USA fanden sich Abnehmer für all das, was die Japaner so gut herstellen können: Digitalkameras von Sony, Kleinwagen von Toyota oder die Festplatten in Apples iPod.

Jetzt ist die Unterstützung durch die neue Blase vorbei und Japan ist in den Sumpf zurückgerutscht. Die alten Schulden verursachen derweil immer neue Kosten. Schon 23 Prozent des Haushalts fließen in diesem Jahr in Zinszahlungen. Hier bietet sich der Vergleich mit einem rollenden Schneeball an: Je größer er wird, desto mehr Schnee nimmt er auf. Vielleicht kann die Regierung in Tokio den Ball noch zehn Jahre weiterrollen lassen, vielleicht sogar noch zwanzig. Doch das heißt nicht, dass so lange alles in Ordnung wäre. Denn schon jetzt lähmt die Überschuldung die wirtschaftliche Initiative.

Es sind mehrere Mechanismen, die den Schwung der Regierung und der Bürger bremsen. Auffallendstes Beispiel ist die Angst vor Wachstum. Tatsächlich: Die Aussicht auf Hochkonjunktur bereitet Japans Fiskalpolitikern Alpträume. Denn dann müsste die Notenbank die Zinsen anheben, die seit einem Jahrzehnt nahe Null liegen.

Erhöht die Bank of Japan jedoch den Leitzins, muss auch der Finanzminister mehr Anreize für den Kauf seiner Anleihen bieten. Da er die Schulden ständig um- und neu finanziert, würde die Zinsbelastung explodieren. Nur der Nullzins dämpft noch den Anstieg der Billionenschulden ins Unermessliche. Doch wie soll ein Wirtschaftspolitiker mit voller Kraft auf Wachstum hinarbeiten, wenn er weiß, dass es den Staat ruinieren würde?

Auch im Bewusstsein der Bürger wirkt der Schuldenberg demoralisierend. Das Volk weiß aus den Medien, wie es um die Staatsfinanzen steht. Ein bisschen fühlt sich da jeder mitgefangen - vor allem im gruppenbewussten Japan. Konkret ist allen klar, dass Steuererhöhungen unvermeidlich sind. Die Bürger rechnen damit, dass alles immer nur schlechter werden kann. Kaum jemand verfolgt ehrgeizige Ideale, kaum jemand in Japan gründet noch pfiffige neue Unternehmen. Die Stimmung war vor der Krise mau, jetzt ist sie mies.

Dazu kommt, dass der Bewegungsspielraum des Staates immer kleiner wird. Was nicht in den Zinsdienst fließt, wendet der Staat für Soziales auf oder stützt die Wirtschaft, die schon lange nicht mehr aus eigener Kraft wächst. Da bleibt immer weniger Geld für Förderung von Zukunftstechnik und Forschung.

Auch wenn es keiner zugibt: Inzwischen ist allen Beteiligten klar, dass die Schulden bleiben werden. Mehrere Prozent Wirtschaftswachstum pro Jahr wären über Jahrzehnte bei eisernem Sparen nötig, um das Geld zurückzuzahlen. Doch entwickelte Volkswirtschaften bringen keine hohen Wachstumszahlen mehr.

Japans Bevölkerung schrumpft und altert - genau wie die deutsche. Auch psychologisch stehen damit die Chancen für ein Durchstarten der ehemaligen asiatischen Leitwirtschaft schlecht. Es sieht außerdem so aus, als hätte Japan die Fähigkeit zu Reformen verloren. Die bisherige Regierung hatte schon vor der Wahl jeden Ehrgeiz aufgegeben: Einen konkreten Rückzahlungsplan für die Staatsschulden aus der Ära Koizumi hat sie kürzlich gekippt und durch vage Hinweise auf den Beginn einer Rückführung ab 2020 ersetzt. Der neue Premier setzt nun weiter auf Geldgeschenke statt auf Markt und Eigeninitiative.

Im Jahr 1999 - als es Japan nach der eigenen Krise am schlechtesten ging - ebenso wie 2009 war eine Geldspritze für die Wirtschaft der einzig verantwortungsvolle Weg für die Politik. Doch in Japan ist die Stärkung des Wachstums tragisch aus dem Ruder gelaufen. Sie war als einmalige Aktion geplant, wurde aber zum Dauerzustand. Der Vergleich mit einer Droge drängt sich auf: Am Anfang noch zur Stimulation genommen, hält die gleiche Dosis jetzt nur den Normalzustand aufrecht.

Haushaltskonsolidierung und Reformen bzw. eine Entzugskur waren angesagt. Doch die frisch gewählte und links gerichtete Regierung will die bitter nötigen Reformen, insbesondere die Arbeitsmarktreformen, ähnlich wie in Deutschland, wieder zurückdrehen. In Japan gibt es im Verhältnis zweimal mehr Bauunternehmen als in vergleichbaren Ländern. Trotz sinkender Zulassungszahlen von Autos entstehen immer neue Brücken und Umgehungsstraßen. Und wie in Ostdeutschland leisten sich Gemeinden immer neue Spaßbäder und Bergwerksmuseen. Es ist jetzt schon klar, dass diese Einrichtungen hinterher ausschließlich Unterhalt kosten, ohne ausreichend Touristen anzuziehen. Doch die Politiker halten die Hoheit über die Milliardensummen lieber in der eigenen Hand. Damit können sie Bauprojekte in ihren Wahlkreisen

finanzieren. So entstehen zwar Brücken, die keiner braucht, aber sie zementieren zugleich mit den Wohltaten ihre Machtbasis. So rollt der Schneeball schneller und das bringt Japan näher an den Bankrott.

Deutschland schlägt konsequent dieselbe Richtung ein! Die Große Koalition ist in den ersten zweieinhalb Jahren ihrer Amtszeit auf der Welle der prosperierenden Weltwirtschaft gesurft. Sie hat sich um den Abbau der Altschulden und die Beseitigung struktureller Defizite nicht gekümmert, sondern weiterhin, wenn auch in geringerem Umfang, neue Schulden gemacht. Wie viel Glaubwürdigkeit wohnt dann der Verabschiedung der ab 2016 wirkenden Schuldenbremse inne?

Im Jahr 2010 werden alle staatlichen Ebenen in Deutschland zusammen neue Schulden von rund 145 Mrd. Euro machen. Die Defizitquote wird bei sechs Prozent, der Schuldenstand bei knapp 80 Prozent des BIP liegen, und für die 1,9 Billionen Staatsschulden werden die öffentlichen Haushalte rund 76 Mrd. Euro Zinsen zahlen. Das entspricht rund der Hälfte des Aufkommens aus der Lohn- und Einkommensteuer.

Rund die Hälfte des Staatsdefizits ist konjunkturbedingt und wird sich allmählich zurückbilden, wenn die Wirtschaft sich wieder belebt. Die andere Hälfte dagegen wird bleiben, wenn nicht Ausgaben gesenkt oder Steuern und Abgaben erhöht werden. Entscheidend sind die Konsequenz und die Ehrlichkeit, sich auf der Ausgabenseite nur das zu leisten, was man durch Steuern und Abgaben dauerhaft finanzieren will und kann.

Die Deutschen stöhnen unter der Abgabenbelastung, aber 80 Prozent zahlen mehr Sozialversicherungsbeiträge als Lohnsteuern. Die obersten zehn Prozent sichern 52 % Prozent des Einkommensteueraufkommens, die untere Hälfte dagegen nur knapp 7,5 % Prozent. Die Einkommensbesteuerung ist zu einem Oberschichtphänomen geworden. Den sogenannten kleinen Mann drücken die Sozialversicherungsbeiträge. Dabei reicht deren Einkommen zur Finanzierung unseres Sozialstaats hinten und vorne nicht. Deshalb zahlt der Bund jährlich 180 Mrd. Euro an Sozialleistungen, im Wesentlichen Zuschüsse zur Sozialversicherung. **Weniger als ein Drittel der Bundesausgaben geht nicht in Sozialleistungen und Zinsen.**

Wer Ausgaben kürzen will, sei es für den Verschuldungsabbau oder für Steuer-senkungen, muss zunächst sicherstellen, dass die Ausgaben der vier großen Sozialversicherungen langsamer wachsen als das Sozialprodukt. Das Gegenteil ist derzeit der Fall.

Die langfristige Finanzierung der Pflegeversicherung ist ein ungelöstes Rätsel. Bei der Rentenversicherung haben zweimalige Eingriffe in die Rentenformel zwar die Rentner kurzfristig begünstigt, aber das Gesamtproblem noch vergrößert. Dabei stehen wir erst am Beginn der großen demografischen Verschiebung zwischen Beitragszahlern und Rentnern. Nachdem falsche Hoffnungen geweckt wurden, wird ein erneuter Reformanlauf doppelt schwierig.

Deutschland gleicht einem Reisenden, der einen Zug nach dem anderen vorbeifahren lässt, bis er auch den letzten verpasst hat. Der Steuerbürger wird es ausbaden müssen. Denn dass der Staat gewillt ist, sein Ausgabeverhalten an die Einnahmen anzupassen, ist nicht erkennbar. Wenn der für 2009/10 befürchtete Einbruch der Gewerbesteuer-einnahmen um 25 % zum Anlass genommen wird, neue

Verbreiterungen der Bemessungsgrundlage einzufordern, bleibt außer Betracht, dass das Gewerbesteueraufkommen innerhalb von 5 Jahren von 28 Mrd. Euro in 2004 auf 41 Mrd. Euro in 2008 (= 46 %) hochgeschwungen ist.

Weit mehr noch als Japan rückt Deutschland insgesamt immer weiter nach links. Wie viele andere glaubt auch die Kanzlerin, dass die Deutschen zunehmend vom Staat versorgt und umhertanzen lassen wollen, dass Verantwortung gescheut wird und, wenn immer möglich, an den Staat delegiert werden soll. Wenn die CDU in Umfragen passabel abschneidet, so ist das nicht etwa Ausdruck einer neuen Bürgerlichkeit, sondern dass Merkels Partei immer weiter nach links rückt! Dabei wird die Linke schleichend salonfähig! Sollen so Investitionen, Eigenverantwortung, Erfindergeist und Tatendrang der zukünftigen deutschen Leistungsträger und der Lohn- und Einkommensteuerzahler gefördert werden?

Demographischer Wandel und die langfristige Tragfähigkeit der deutschen Staatsfinanzen. Dieser Frage ist die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Juli 2009 auf den Grund gegangen. Das Ergebnis: Die öffentlichen Finanzen werden perspektivisch sowohl von den Auswirkungen des derzeitigen drastischen Schuldenanstiegs als auch des demographischen Wandels belastet. Da einerseits die Personen im Erwerbsalter den Großteil der Finanzierungslast des Staates durch Steuern und Sozialabgaben tragen und andererseits Personen im Rentenalter im Regelfall Nettoempfänger staatlicher Leistungen sind, werden die Staatsfinanzen zunehmend unter Druck geraten und sind ohne Anpassungen nicht tragfähig. Zusätzlich würden die Sozialbeitragsätze von derzeit knapp 40 % auf insgesamt fast 50 % ansteigen.

Die öffentlichen Finanzen sind dann als tragfähig zu bezeichnen, wenn die künftigen Ausgaben (einschl. Zinsen) durch Einnahmen gedeckt sind. Zwar hat der Staat neben einer Verminderung der Ausgaben grundsätzlich die Möglichkeit, Finanzierungslücken durch Erhöhung der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zu schließen. Dabei sind jedoch nicht zuletzt ökonomische Folgewirkungen zu beachten. So behindert eine steigende Abgabenlast die wirtschaftlichen Aktivitäten zunehmend. Vor dem Hintergrund erhöhter internationaler Mobilität droht dann die Abwanderung sowohl von Kapital als auch von Erwerbstätigen.

Handlungsoptionen: Um den weiterhin vorhandenen Herausforderungen Rechnung zu tragen, bieten sich drei Ansatzpunkte an: Eine direkte Begrenzung der altersabhängigen Ausgaben, eine Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven sowie eine vorausschauende und zeitnahe Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Eine unmittelbare Entlastung künftiger Steuer- und Beitragszahler kann erreicht werden, wenn es gelingt, die altersabhängigen Ausgaben durchweg langsamer steigen zu lassen (weitere Heraufsetzung des Renteneintrittsalters). Die Geburtenrate muss deutlich steigen. Das ist nur mit entsprechenden Anreizen zu schaffen, die den Staatshauhalt (sinnvoll) belasten würden. Die Zuwanderungspolitik müsste sich komplett verändern. Die Politik der Amerikaner setzt hier Maßstäbe. Wir brauchen einen doppelt so großen Anteil an jungen und gut ausgebildeten Menschen - notfalls auch aus dem Ausland! Auch eine höhere Arbeitsproduktivität kann die Relation von BIP- und Ausgabenentwicklung positiv beeinflussen und somit dazu beitragen, die demographiebedingten Belastungen zu dämpfen. Dazu wären jedoch weitere wirtschafts- und finanzpolitische Reformen erforderlich, deren Durchsetzung jedoch aufgrund des politischen Machtgefüges mehr als fraglich ist. Denn trotz des

fortbestehenden finanziellen Drucks, nicht nur aus der demographischen Entwicklung, sind derzeit Bestrebungen zu beobachten, die beschlossenen Reformen und damit verbunden Leistungseinschränkungen wieder rückgängig zu machen.

Die Staatsfinanzen werden derzeit durch die außergewöhnliche Finanz- und Wirtschaftskrise stark in Anspruch genommen. Angesichts der Schwere der Rezession ergeben sich teilweise automatisch beträchtlich höhere öffentliche Defizite. Die auch strukturell verschlechterte Haushaltsposition, die sich nicht zuletzt in kräftig steigenden Schulden ausdrückt, schränkt künftige Haushaltsspielräume ein. Hinzu kommen die absehbaren Mehrbelastungen der öffentlichen Finanzen aus der demographischen Entwicklung. Aktuelle Berechnungen weisen auch bei Umsetzung der bereits beschlossenen Reformen einen erheblichen Anstieg der altersabhängigen Staatsausgaben aus. Die gegenwärtige Verschlechterung der strukturellen Lage der öffentlichen Haushalte erschwert es vor diesem Hintergrund merklich, eine solide fiskalische Ausgangsposition zu erreichen, bevor sich die demographischen Belastungen verstärkt im Staatshaushalt niederschlagen. Im Hinblick auf die Belastung künftiger Generationen kommt es darauf an, deutliche und anhaltende Konsolidierungsfortschritte zu erzielen, sobald sich die Wirtschaftsentwicklung stabilisiert. Die kommenden Jahre mit einer noch vergleichsweise günstigen demographischen Entwicklung bieten die Chance, die begonnenen Reformen in der Alterssicherung umzusetzen und perspektivisch auszubauen. Erhebliche Konsolidierungsmaßnahmen wären erforderlich, um die Staatsfinanzen nachhaltig zu stabilisieren. Selbst wenn die vergleichsweise günstigen Ausgangswerte von 2008 zugrunde gelegt werden, besteht für Deutschland demnach ein anhaltender Konsolidierungsbedarf von etwa 3 % des BIP.

Wenn die prognostizierte strukturelle Defizit- bzw. Schuldenquote von der Europäischen Kommission für 2010 als Ausgangswert gewählt würden, läge der jährliche Konsolidierungsbedarf bei etwa 6 % des BIP. Aus unserer Sicht hat jedoch keine der heutigen und zukünftigen Regierungsparteien dazu das notwendige Rückgrat. Also wird Deutschland denselben Weg gehen wie Japan mit der Folge eines unausweichlichen Staatsbankrotts. Solche einschneidenden Ereignisse ziehen in der Regel bürgerkriegsähnliche Verhältnisse nach sich. Wer näheres dazu erfahren möchte, dem empfehlen wir das aktuelle Buch von Udo Ulfkotte „Vorsicht Bürgerkrieg! Was lange gärt, wird endlich Wut“

Das amerikanische Geschäftsmodell bestand darin, strukturierte Wertpapiere gegen Autos und Maschinen zu verkaufen, und das deutsche Geschäftsmodell war das Spiegelbild dazu. Wir haben dem Ausland mit unseren Ersparnissen den Kredit gegeben, den es brauchte, um die deutschen Waren zu erwerben. „Weltmeisterschaft auf Pump“ könnte man dazu sagen. Aber der amerikanische Traum ist inzwischen geplatzt, und auch das deutsche Geschäftsmodell zeigt Risse.

Deutschland wuchs in den letzten anderthalb Jahrzehnten kaum noch, weil es nicht mehr zu Hause investiert, sondern sein Geld ins Ausland geschafft hat. Seit 1995 ist in ganz Europa nur noch Italien langsamer als Deutschland gewachsen. Kein OECD-Land hat zuletzt so wenig investiert wie wir. Mit nur noch 117 Mrd. Euro Nettoinvestitionen lagen wir 2008 in Relation zum Inlandsprodukt vermutlich wieder auf dem niedrigsten Platz aller Industrieländer - wie schon 2007. Von der deutschen Gesamtersparnis in Höhe von 283 Mrd. Euro, die für solche Investitionen zur Verfügung stand, wanderte der Löwenanteil, nämlich 166 Milliarden, ins Ausland.

Sarkastisch könnte man darauf verweisen, dass die niedrige Investition zu der niedrigen Geburtenrate passt, die in Bezug auf die Bevölkerungsgröße ebenfalls die niedrigste aller OECD-Länder ist (ca. 8,2 pro 1.000 Einwohner). Da muss man sich schon die Augen reiben, wenn man diese Fakten zur Kenntnis nimmt. Auch Deutschland muss aus seinem Traum erwachen und sich den Realitäten stellen.

Das Land braucht dringend eine Politik, die seine Standortqualität verbessert und ihm im Innern wieder mehr Dynamik verleiht. Wenn wir die in die Welt gelieferten Maschinen zu Hause aufstellen und die Banken den heimischen Firmen den dafür nötigen Kredit geben würden, anstatt das Geld an das Ausland zu verleihen, dann würde zwar der Export schrumpfen, doch hat die Maschinenbauindustrie noch genauso viel zu tun wie vorher. Und die neuen Arbeitsplätze entstehen in Deutschland statt im Ausland! Das Land wächst wieder und die Menschen können das Vertrauen in die Zukunft entwickeln, das sie für die Gründung von Familien brauchen.

Wie kommen wir dahin? Bestimmt nicht dadurch, dass wir uns im Wettkampf mit den Chinesen geschlagen geben. Und schon gar nicht dadurch, dass wir mit Lohnsteigerungen die Binnennachfrage zu stärken versuchen. Die Strategie kann nur sein, dass die Unternehmen weiter auf Innovation setzen und der Staat den Arbeitsmarkt weiter flottmacht.

Es geht dabei nicht um Dirigismus zur Umsetzung eines staatlichen Planungsziels, sondern um das genaue Gegenteil. Der Staat muss aufhören, in die Lohnstrukturen einzugreifen, und wieder zulassen, dass die Löhne durch die Marktkräfte selbst gebildet werden. Über Jahrzehnte hinweg hatte Deutschland versucht, der Spreizung der Einkommensverteilung durch die Kräfte der Globalisierung entgegenzuwirken, indem der Sozialstaat Lohnersatzleistungen anbot, die faktisch als Mindestlöhne gewirkt haben. Das hat uns eine kaum noch beherrschbare Massenarbeitslosigkeit gebracht.

Mit der Agenda 2010 wurde dieser Kurs verlassen, indem der Staat den Lohnersatz in Form der Arbeitslosenhilfe gestrichen und dafür ein Lohnzuschussystem eingeführt hat. Das hat die Löhne flexibler gemacht, einen Niedriglohnsektor geschaffen und die Binnenwirtschaft angebotsseitig belebt. Mindestens eine Million Jobs wurden im letzten Boom über das hinaus geschaffen, was man bei einer Wiederholung früherer Aufschwungmuster hätte erwarten können. Diese Reform, die die Linken Parteien gern wieder abschaffen würde, muss komplettiert und unter anderem durch eine weitere Stärkung der Lohnzuschüsse zu ihrem logischen Ende geführt werden: Einem aktivierenden Sozialstaat, der bei den Bedürftigen das Mitmachen nicht weniger als das Wegbleiben belohnt.

Dann werden sich die bislang so sträflich vernachlässigten Binnensektoren weiterentwickeln. Wenn niedrige Löhne den Unternehmen, dem Kapital und den Talenten neue Gewinnmöglichkeiten in den arbeitsintensiven Binnensektoren bieten, dann entstehen dort neue Stellen. Die Wirtschaftsstruktur wird wieder besser ausbalanciert. Ein Teil des bislang exportierten und in den Exportsektoren eingesetzten Kapitals findet in den Binnensektoren eine bessere Verwendung.

Sicherlich wird das bedeuten, dass sich die Wertschöpfung im Export nur noch verhalten entwickelt. Dafür wird aber umso mehr Wertschöpfung in den Binnensektoren entstehen, und das Wachstum wird per saldo beflügelt, weil wieder mehr

Menschen mitarbeiten. Nur Zahlenfetischisten kann es stören, wenn dann die Exportstatistik nicht mehr gar so hell glänzt wie bislang.

Ein Sprichwort besagt, dass jede Bevölkerung die Regierung bekommt, die es auch verdient. Also benimmt sich die Mehrzahl der mündigen Wähler wie kleine Kinder. Kleine Kinder, die nicht glauben wollen, dass die Herdplatte heiß ist und deshalb immer erst die Platte anfassen müssen um den Schmerz zu spüren, um den Lerneffekt zu bekommen. So ist das leider, so war das schon immer: Große Reiche kommen und gehen irgendwann. Die Geschichte wiederholt sich immer wieder. Die Mehrheit der Politiker und breite Bevölkerungsteile sind eben beratungsresistent.

Mit freundlichen Grüßen



Heiko Kolodzik

Dipl. Betriebswirt
Testamentvollstrecker (EBS)